



Gerold Reichenbach, MdB

© Corinna van den Brink

20.06.2016: Neue App zur Unterstützung von Flüchtlingen und Flüchtlingsinitiativen

Der SPD-Innenpolitiker Gerold Reichenbach weist darauf hin, dass auf Initiative des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) eine neue App zur Verfügung steht, mit der freiwillige Helfer und Initiativen in der Flüchtlingshilfe zueinander finden können. Sie zeigt, welche Hilfe Kommunen und Flüchtlingsinitiativen aktuell brauchen. Gerold Reichenbach möchte sich bei allen freiwilligen Helfern für ihr großes Engagement bedanken, mit dem sie vielen Geflüchteten ihr Ankommen in Deutschland erleichtern. Weitere Informationen sind unter <https://www.willkommen-bei-freunden.de/> zu finden.

Kontakt:

Gerold Reichenbach, MdB
Bundestag
Paul-Löbe-Haus, Zi 7.544
11011 Berlin
Tel. +49 30 227 72150
Fax: +49 30 227 76156
Mail:
gerold.reichenbach@bundestag.de

Homepage:
<http://www.gerold-reichenbach.de>

Redaktion:
Eva Kallweit

V.i.S.d.P.:
Gerold Reichenbach, MdB

24.06.2016: Reichenbach bedauert Brexit

„Ich bedaure es sehr, aber dies ist eine demokratische Entscheidung, die wir akzeptieren müssen.“

„Offensichtlich zockt eine populistische Rechte in Großbritannien mit der Zukunft ihres Landes, und zwar zu Lasten der jungen Menschen. Diese haben - wie die Wahlauswertungen zeigen - in überwiegender Mehrheit für einen Verbleib in Europa gestimmt!“, erklärt Reichenbach sichtlich verärgert.

Für Europa bedeute dies zweierlei. Einerseits müsse Europa jetzt wieder näher an die Menschen gebracht werden und dürfe sich nicht nur als wirtschaftsfreundlicher Organisator des freien Waren- und Kapitalverkehrs verstehen. Zum anderen muss Europa sich jetzt endlich der soziale Verantwortung für alle Europäer stellen und entsprechend handeln. „Nur dann werden die Menschen Europa als eine Einheit annehmen, die auch ihnen im Alltag und nicht nur den Wirtschaftseliten nutzt“, erklärt der Abgeordnete.

Im Austritt Großbritanniens liege aber auch eine Chance, so Reichenbach weiter. „Die Menschen in Großbritannien, aber auch im Rest von Europa werden schnell erkennen, dass die Versprechungen und nationalistischen Parolen der rechten Populisten in allen europäischen Ländern nicht einzulösen sind und die Verhältnisse nicht verbessern, sondern verschlechtern werden“, erklärt der Abgeordnete.

„Ich habe während meiner THW-Einsätze hautnah miterlebt, welch Elend die Masse der Bevölkerung trifft, wenn nationalistische aufgehetzte Volksgruppen übereinander herfallen. Darum bin ich bei allen Schwächen und Mängeln weiter ein großer Verfechter dieser EU, die diesem Kontinent jetzt über 60 Jahre das gebracht hat, was in seiner ganzen Geschichte davor eher unüblich war: Frieden!“, so Reichenbach abschließend.

24.06.2016: Unkonventionelles Fracking wird verboten - Erdgasförderung nur mit hohen Umweltstandards

Unkonventionelles Fracking wird verboten. Forschung nur nach Zustimmung der Länder. Die Erdgasförderung in Deutschland wird sauber.

Das sind die wesentlichen Punkte, die heute vom Bundestag auf Antrag der Koalitionsfraktionen verabschiedet wurden. Das ist ein großer Erfolg.

Für die SPD war immer klar, dass die Gesundheit des Menschen und der Schutz des Trinkwassers absolute Priorität vor wirtschaftlichen Interessen haben müssen. Diese Prämisse werden wir jetzt umsetzen.

18.06.2016: Barrierefreiheit für die Bahnhöfe Biebesheim und Stockstadt

In den kommenden Jahren werden im Rahmen des vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und den Koalitionsfraktionen gestarteten Modernisierungsprogramms 108 kleine Bahnhöfe barrierefrei umgerüstet.

Das Programm berücksichtigt auch Bahnhöfe im Kreis Groß-Gerau", freut sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach. „Die Bahnhöfe Biebesheim und Stockstadt werden künftig barrierefrei sein, im Fokus stehen die barrierefreie Wegeleitung sowie Kundeninformationsanlagen, stufenfreie Bahnzugänge und eine optimierte Bahnsteighöhe“, erklärt Reichenbach, der in seiner Zeit als Landtagsabgeordneter im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr saß.

Das von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Programm sorgt für die notwendige Mobilität im ländlichen Raum. Auswahlkriterium für die ausgewählten Bahnhöfe seien Einrichtungen im Einzugsgebiet der jeweiligen Verkehrsstation gewesen, die einen Bedarfsschwerpunkt darstellen, wie beispielsweise Seniorenheime oder Behindertenwerkstätten.

Die aktuelle Auswahl der umzurüstenden Bahnhöfe ist noch nicht abschließend. „Ich hoffe sehr, dass im Sinne der Inklusion und der gleichberechtigten Teilhabe an öffentlichen Gütern weitere Bahnhöfe im Kreis barrierefrei gestaltet werden können“, so Reichenbach abschließend.

16.06.2016: Reichenbach fordert Elementarschadensversicherung für alle

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach

Für die öffentliche Wasserversorgung haben wir erreicht: In allen Einzugsgebieten von Wasserentnahmestellen, sowie in Talsperren und natürlichen Seen (Beispiel: Bodensee), die zur öffentlichen Wasserversorgung dienen, ferner in Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten soll Fracking jeglicher Art generell ausgeschlossen werden. Unser Gesetz schafft Rechtssicherheit für die Unternehmen und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Es regelt darüber hinaus wirksamen Schutz für Mensch und Umwelt. Sämtliche Umweltstandards beim seit den 1960er Jahren betriebenen konventionellen Fracking werden erheblich verbessert.

Unkonventionelles Fracking wird lediglich an maximal vier Stellen zu wissenschaftlichen Zwecken zugelassen. Aber nur, wenn das betroffene Bundesland zuvor zugestimmt hat. Am Ende der wissenschaftlichen Forschung hat der Deutsche Bundestag das letzte Wort. Auch das ist unser Erfolg.

Bundestagsabgeordneter Reichenbach wirft den Fraktionen der Grünen und der Linken vor, dass sie eine namentliche Abstimmung gegen den Änderungsantrag der Regierungsfaktionen und damit gegen das faktische Verbot von unkonventionellem Fracking beantragt haben.

Jegliche Form von Fracking und damit auch die Nutzung von Geothermie, auf die auch der Kreis Groß-Gerau bei seiner nachhaltigen Energiestrategie setzt, hält er angesichts der Herausforderungen durch den Klimawandel für unverantwortlich. Auch da wird durch das Gesetz sichergestellt, dass keine wassergefährdenden Stoffe eingesetzt werden können, so Reichenbach abschließend.

23.06.2016: Gedenken an Jo Cox

1500 Parlamentarier unterzeichneten bislang den globalen Aufruf von crisaction.org, um Jo Cox' Engagement für Toleranz und Diversität zu würdigen. Gerold Reichenbach, MdB, unterzeichnete den Aufruf ebenfalls:

Letzte Woche wurde die britische Abgeordnete Jo Cox auf brutale und sinnlose Weise aus dem Leben gerissen. Wie viele andere waren wir angesichts dieser Attacke auf die Demokratie und unsere Werte zutiefst schockiert.

Als Menschen sind wir untröstlich, weil wir eine unermüdliche, menschenfreundliche Aktivistin, Mutter und Kollegin verloren haben. Und als Parlamentarier verpflichten wir uns, ihr Erbe aufrecht zu erhalten.

In ihrer ersten Rede vor dem Parlament vor genau einem Jahr sagte Jo: „Wir sind stolz auf unsere Diversität, doch es gibt viel mehr Verbundenheit und Gemeinsamkeit zwischen uns als Trennendes.“

Jeder gewählte Vertreter sollte sich in dieser Woche diese Worte zu Herzen nehmen. Dies sollte für uns alle ein Wendepunkt sein.

Über Politik und Parteien hinaus müssen wir als Gesellschaften zusammenhalten, um uns dem vergiftenden Sog von Angst und Hass entgegenzustemmen, der zu Spaltung und Extremismus führt. Wir müssen Jos Beispiel folgen und unsere Herzen und Arme für unser Gemeinwesen, unsere Nachbarn und diejenigen öffnen, die weniger Glück haben als wir. Wir müssen für unsere Toleranz und Diversität einstehen.

Ihr ganzes Leben lang hat Jo gegen Ungerechtigkeit gekämpft. Sie wurde Parlamentarierin, weil sie auf der Kommandobrücke des

und weitere seiner SPD-Bundestagskollegen fordern in einem Schreiben an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) die Einführung einer Elementarschadensversicherung für alle.

Reichenbach, der für seine Fraktion für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe im Innenausschuss des Deutschen Bundestages zuständig ist, erklärt dazu:

„Durch die verheerenden Unwetter der letzten Tage und Wochen stehen die betroffenen Menschen einer existenzbedrohenden Situation gegenüber. Hier muss schnell und zuverlässig gehandelt werden. Die im Katastrophenfall zuständigen Bundesländer haben bereits Unterstützungen zugesagt, dennoch sehen wir auch den Bund in der Pflicht, Hilfen zur Herstellung der zerstörten Infrastruktur zu gewähren. Schon im schwarz-roten Koalitionsvertrag von 2013 wurde zwischen CDU/CSU und SPD die Einführung einer Elementarschadensversicherung vereinbart. Diese ist besonders wichtig, um im Katastrophenfall verlässliche Hilfe leisten zu können und das Vorsorgeprinzip zu stärken. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass jeder Haus- oder Wohnungsbesitzer von Extremwetterlagen, wie plötzlichem Starkregen, betroffen sein kann.

Eine Pflichtversicherung kann für bezahlbare Prämien für alle und zuverlässige Hilfen im Schadensfall sorgen, sodass sich die öffentliche Hand auf die Wiederherstellung der öffentlichen Infrastruktur konzentrieren kann.“

11.06.2016: Reichenbach wirbt für Notfallwarnsysteme

Angesichts der Unwetter in den letzten Wochen wirbt der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach und

Wandels stehen wollte, um Kurs auf eine bessere Zukunft zu nehmen. Heute sagen wir: wir behalten das Steuer in der Hand. Wir werden alles dafür tun, unsere Bindungen zu erneuern und für diejenigen zu kämpfen, die an den Rändern unserer Gesellschaft, unseres Kontinents und der Welt leben.

20.06.2016: Auf ein Wort mit der Deutschen Bahn AG

SPD-Landesgruppe Hessen erkundigt sich über hessische Bahnprojekte: die SPD-Landesgruppe Hessen, der Zusammenschluss aller hessischen SPD-Bundestagsabgeordneten, traf Vertreter der Deutschen Bahn AG zum Gespräch.

Mit dem Vorstandsmitglied Ronald Pofalla und dem zuständigen Konzernbevollmächtigten für Hessen Herr Dr. Vornhußen konnten zentrale Themen aus hessischer Sicht besprochen werden. Die Bundestagsabgeordneten erkundigten sich nach den aktuellen Ständen bei Großprojekten wie zum Beispiel bei den Bahnverbindungen Frankfurt-Mannheim, Hanau-Fulda oder nach dem Ausbau der Mitte-Deutschland Verbindung und betonten die Wichtigkeit dieser Verkehrsverbindungen.

Debattiert wurden auch Planungen zu ICE-Trassen, die die Ortschaften Bad Hersfeld und Weiterstadt stark belasten würden. Hier machten die Bahnvertreter deutlich, dass die vorliegenden Trassenplanungen lediglich Entwürfe seien. Die Bürgerbeteiligungen zu diesen Projekten stünden noch aus und sollten im kommenden Herbst beginnen und ergebnisoffen ablaufen.

Neben den hessenspezifischen Themen wurden auch allgemeine Punkte besprochen. Dazu gehörte unter anderem der Apell der Bundestagsabgeordneten an den Vorstand der Bahn die neue Strategie von DB-Cargo erneut zu überarbeiten. Die Parlamentarier mahnten an, dass der Grundsatz „von der Straße auf die Schiene“ im Güterverkehr weiterhin Priorität haben müsse und dass keine Arbeitsplätze in Hessen gefährdet werden dürften.

Außerdem wurde das Thema Lärmschutz diskutiert. Die Bahn teilte mit, dass bis 2022 alle Güterverkehrszüge mit sogenannten „Flüsterbremsen“ ausgestattet sein werden. Diese Maßnahme würde zu einer deutlichen Reduktion der Lärmbelastung allerorts führen und sei deutlich effektiver als „unschöne“ und planungsintensive Lärmschutzwände.



v.l.n.r.: Gerold Reichenbach MdB, Birgit Kömpel MdB, Dr. Hans-Joachim Schabedoth MdB, Ulli Nissen MdB (v.), Martin Rabanus MdB, DB-Vorstandsmitglied Ronald Pofalla, Ulrike Gottschalck MdB, Michael Roth MdB, Konzernbevollmächtigter Dr. Vornhusen, Edgar Franke MdB, Dr. Jens Zimmermann MdB

Berichterstatte für Katastrophenschutz erneut für die Nutzung von Notfallwarnsystemen wie NINA, KATWARN oder WarnWetter:

„Rechtzeitige Information und Warnung kann dazu beitragen, Schäden zu minimieren oder im Ernstfall sogar Leben zu retten“, so Reichenbach.

„Bei dem Notfallwarnsystem NINA handelt es sich um das Warnsystem des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), über das man auf dem Smartphone standortbezogene Warnungen vor Unwettern und bei anderen Gefahrenlagen wie etwa Gefahrstoffaustritt oder Bombenentschärfungen beziehen kann. Gleichzeitig kann man über das System Notinformationen etwa an Angehörige absetzen. Einige Landkreise nutzen zusätzlich auch das vom Fraunhofer Institut entwickelte System KATWARN, über das die Gefahrenabwehrstellen des Kreises direkte Informationen und Warnungen der Bevölkerung übermitteln können. Darüber hinaus gibt es das Unwetterwarnsystem WarnWetter des Deutschen Wetterdienstes, das in beide Systeme eingebunden ist, über das man aber auch separat Warnungen und Informationen über besondere Wetterlagen wie Starkregen, Gewitter, Sturm oder auch Hitzeperioden beziehen kann“, informiert der Bundestagsabgeordnete Reichenbach.

Alle Warnsysteme stehen als Apps für iPhone- oder Android-Systeme zur Verfügung und können in den jeweiligen App-Stores heruntergeladen werden. Informationen dazu gibt es auch im Internet unter:

http://www.bbk.bund.de/DE/NINA/Warn-App_NINA.html

<https://www.katwarn.de/>

http://www.wettergefahren.de/warn_wetter_app.html

14.06.2016: Gerold Reichenbach kandidiert nicht wieder für den Bundestag

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach erklärt: „Ich werde nicht erneut für den Deutschen Bundestag kandidieren. Dies habe ich heute gegenüber dem SPD-Unterbezirk im Kreis Groß-Gerau erklärt. Damit werde ich mit dem Ende dieser Legislaturperiode nach 4 Legislaturperioden und 15 aufregenden und ereignisreichen Jahren als Bundestagsabgeordneter im Herbst nächsten Jahres aus dem Deutschen Bundestag ausscheiden. Zuvor war ich zwei Legislaturperioden von 1995 bis 2002 Mitglied des Hessischen Landtages. Insgesamt blicke ich dann auf 22 Jahre Tätigkeit als Abgeordneter zurück.

Bürgernah und verlässlich zu sein, ist mein oberster Leitsatz. Und ich denke, das habe ich in meinem politischen Leben und in meiner Abgeordnetentätigkeit auch zeigen können. Ich konnte einiges für die Bürger in unserem Kreis bewirken. Etwa beim Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze bei Opel in Rüsselsheim, bei der Beseitigung des Altrheinschlammes in Ginsheim oder beim Lärmschutz an Schienen und Straße. Bei der Bekämpfung des Fluglärms sind wir leider über eine abwehrende Rolle nicht hinaus gekommen.

Aber auch bei den Themen Bevölkerungs- und Katastrophenschutz sowie beim Datenschutz und der Cybersicherheit konnte ich auf Bundesebene einiges mit voranbringen. Auf Landesebene habe ich mich insbesondere für den sozialen Wohnungsbau, den Umweltschutz und den Ausbau des Hochwasserschutzes eingesetzt. Dabei gilt, dass Erfolge nur erreicht werden konnten, weil sich Mitstreiter im Parlament, in der Partei und in der Gesellschaft sowie Mehrheiten dafür fanden. Am meisten aber hat es mich gefreut, wenn ich bei den vielen an mich herangetragenen, persönlichen Schicksalen erfolgreich helfen konnte. Wichtig ist es aber auch, rechtzeitig loszulassen und Nachfolgenden das Feld zu überlassen. Das gelingt nicht jedem.

Aus der aktiven Politik werde ich mich zurückziehen. Dem Bevölkerungs- und Katastrophenschutz sowie den Themen des Datenschutzes und der Digitalisierung werde ich weiter verbunden bleiben. Meiner Partei, der SPD, werde ich auch weiterhin die Treue halten. Von der Richtigkeit ihrer Grundwerte bin ich nach wie vor zutiefst überzeugt. Ich freue mich darauf, wieder mehr Zeit meiner Frau widmen zu können, die mein Engagement immer mitgetragen hat und ohne deren Unterstützung dies auch nicht möglich gewesen wäre. Auch für meine Hobbys und Freunde wird sich dann wieder mehr Zeit finden lassen. Wichtig ist mir, dass der Kreis Groß-Gerau auch weiterhin gut in Berlin vertreten ist. Ich bin mir sicher, dass die Kreis-SPD eine geeignete Kandidatin oder einen geeigneten Kandidaten aufstellen wird, die oder der meine vollste Unterstützung haben wird!

Nichts was erreicht wurde, ist für immer sicher, sondern es braucht Menschen, die sich dauerhaft für eine zivile Gesellschaft engagieren, demokratische Werte mit Leben erfüllen und notfalls auch verteidigen.“

Zum Hintergrund:

Gerold Reichenbach war vom 1995 bis 2002 Landtagsabgeordneter und ist seit 2002 Bundestagsabgeordneter für die SPD für den Kreis Groß-Gerau. Dabei gewann er 2002 und 2005 das Direktmandat des Kreises (Wahlkreis 184) und zog 2009 und 2013 über die Landesliste in den Bundestag ein. 1995 bis 2002 war er direkt gewähltes Mitglied des hessischen Landtages für den Nordwestkreis Groß-Gerau (Wahlkreis 47, damaliger Zuschnitt).